

## **Älteren Menschen angemessene Lebensbedingungen und den Schutz der menschlichen Würde garantieren!**

AGE PLATFORM EUROPE präsentiert ihre Botschaft für 2010, das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Im Zuge des Alterungsprozesses können eine Reihe von Faktoren, wie niedrige Einkünfte, eine schlechte Gesundheit, alters- und/oder geschlechtsbezogene Diskriminierung, eine verminderte physische oder geistige Leistungsfähigkeit, Arbeitslosigkeit, Isolation, Missbrauch und ein eingeschränkter Zugang zu Dienstleistungen durch ihr Zusammenwirken dazu beitragen, das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung zu erhöhen.

Angesichts der Tatsache, dass Menschen im Alter von 65 Jahren und älter den am stärksten wachsenden Teil der EU-Bevölkerung ausmachen, sollten alle Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nutzen, um diesen spezifischen Bedrohungen zu begegnen, denen die älteren Menschen heute gegenüberstehen.

Die AGE-Mitglieder fordern die nationalen Regierungen und die Europäische Kommission dazu auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

### **1. Die Gewährleistung eines angemessenen Mindesteinkommens im Alter zur Bekämpfung von Armut und Vermeidung sozialer Ausgrenzung.**

Zum Schutz der Würde und Unabhängigkeit aller Bürger sollte das Anrecht auf eine Absicherung von Mindesteinkünften, einschließlich Mindestpensionen, als ein Grundrecht anerkannt werden.

### **2. Die Entwicklung sozialstaatlicher Normen zur Regelung der Mindesteinkünfte von Pensionären, die angemessene Lebensbedingungen und ein würdevolles Leben garantieren.**

Dies beinhaltet: die Erfüllung der Erwartungen älterer Menschen, einschließlich nicht monetärer Aspekte, wie Zugang zu qualitativer Gesundheitsversorgung, Bildung und lebenslanges Lernen, angemessenes Wohnen, Freizeit- und soziale Aktivitäten oder Beteiligung an der Zivilgesellschaft.

### **3. Eine unmittelbare Berücksichtigung älterer Menschen in den nationalen Aktionsplänen für die soziale Eingliederung und die Beteiligung derjenigen, die in Armut leben, am politischen Entscheidungsfindungsprozess.**

Im Jahr 2008 betrug der von Armut bedrohte Anteil der Bevölkerungsgruppe der Menschen im Alter von 65 Jahren und älter in der EU-27 19 %. Für ältere Frauen liegt das Risiko, von Armut betroffen zu werden noch deutlich über diesem Durchschnittswert.

### **4. Die Festlegung von nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselten nationalen Zielen zur Armutsbekämpfung.**

Die Bekämpfung der Armut im Alter erfordert eine Differenzierung innerhalb spezifischer Bevölkerungsgruppen wie: ältere Frauen, alleinstehende ältere Menschen, ältere Menschen in ländlichen Gebieten, ethnische Minderheiten, ältere Migranten. Diese Differenzierung wird darüber hinaus dazu beitragen, die bei der Reduzierung der Armut insgesamt erzielten Fortschritte zu messen.

5. **Die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter im Bereich der Beschäftigung, um angemessene Einkünfte für Frauen im Ruhestand zu gewährleisten.**

Da sich die mangelnden Ressourcen älterer Frauen als unmittelbare Folge aus ihrer Diskriminierung im Bereich der Beschäftigung ergeben, sollten sich die Regierungen darüber hinaus eingehend mit den bestehenden Sozialstrukturen und der traditionellen Rollenverteilung der Geschlechter befassen, die für diese benachteiligende Situation verantwortlich sind.

6. **Proaktiv handeln, informieren und den am stärksten gefährdeten älteren Menschen helfen, die nicht für ihre Rechte einstehen können.**

Dies sind insbesondere Menschen in hohem Alter, behinderte und/oder isolierte ältere Menschen, ältere Migranten und ethnische Minderheiten.

7. **Ältere Arbeitnehmer gegen Armut trotz Erwerbstätigkeit schützen.**

Angemessene Löhne und Gehälter garantieren; wirtschaftliche Ausbeutung sowie unsichere Beschäftigung und belastende Arbeitsbedingungen verhindern; Chancen für den Erwerb von Qualifikationen eröffnen, die einen Ausweg aus persönlichen und finanziellen Schwierigkeiten bieten und ihre wirtschaftliche Basis stärken, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

8. **Durch einen universellen Zugang zu wesentlichen Dienstleistungen das individuelle Wohlbefinden und die Lebensqualität in allen Altersklassen fördern.**

Die öffentlichen Behörden sollten Qualitätsnormen für Gesundheitsdienste und Langzeitpflegedienste einführen und sich zu deren Einhaltung verpflichten.

AGE fordert die nationalen Regierungen und die Europäische Kommission auf, sich in den kommenden Monaten die nötige Zeit zu nehmen und **vor der Einrichtung einer neuen Politikagenda der EU für 2020 die Lissabonner Strategie zu bewerten.**

Ein deutliches Engagement zur Ausmerzung von Armut und sozialer Ausgrenzung bis zum Jahr 2020 muss das übergeordnete Ziel der **neuen EU-Strategie für 2020, bei der Wachstumsziele den sozialen Zusammenhalt untermauern**, sein.